

Waldbesitzer: Lieferkettengesetz nicht umsetzen.

Waldbesitzer in Schleswig-Holstein sehen ein riesiges Problem auf sich zukommen. Auf das Lieferkettengesetz sei niemand vorbereitet, sagt Graf Rantzau und richtet Kritik nach Brüssel.

Gut Pronstorf - Der Vorsitzende des Waldbesitzerverbands in Schleswig-Holstein, Hans-Caspar Graf zu Rantzau, wirft EU und Bund Politik zulasten der privaten Waldbesitzer vor. So sei das Lieferkettengesetz, mit dem Waldraubbau verhindert werden solle, für Waldbesitzer in Deutschland nicht umsetzbar. Die Verwaltung müsste erst in die Lage versetzt werden, das zu bewältigen. Künftig müsse über jedes Stück Holz aller rund 1,8 Millionen Waldbesitzer in Deutschland ein Nachweis geführt werden. „Das ist hochkomplex. Diese Idee ist von Leuten verfasst worden, die völlig realitätsfern sind“, sagte Graf Rantzau der dpa.



Holzernte im Privatwald

Für jeden **Baum müsse nachgewiesen werden, wo er geschlagen** wurde. „Als Angabe reicht nicht Gutsverwaltung Pronstorf.“ Raubbau spiele in Mitteleuropa keine Rolle. Dennoch würden alle Länder weltweit in einen Topf geworfen. „Es ist nicht umsetzbar. Wir **wollen doch entbürokratisieren**. Das ist richtig Standort schädigend, was da gemacht werden soll.“

Die Deadline sei der 31. Dezember 2024. „Es ist völlig unrealistisch, es wird nicht dazu kommen können, weil man bis jetzt nicht eine Person dafür eingestellt hat. Man hat gar keine Strukturen dafür geschaffen. Weder in Deutschland, noch sonst irgendwo in der EU.“

Inzwischen habe immerhin das Bundeslandwirtschaftsministerium das Problem verstanden. „Die heben den Finger und sagen, "halt, wir können nicht, wir schaffen das nicht".“ Es werde mehr Zeit gebraucht. „Wenn das nicht umgesetzt werden kann, aber das Gesetz gilt, dann steht hier alles. Dann wird kein Baum mehr geschlagen. Dann wird kein Holzhandel mehr tätig sein, kein Sägewerk, keine Papierfabrik“, sagte Graf Rantzau. „Glaubt das EU-Parlament denn, dass unsere Handelspartner wie Brasilien, Mittelamerika oder die afrikanischen Staaten entsprechende Nachweise erbringen können?“

Auch die Gutsverwaltung Pronstorf sei nicht vorbereitet. „Weil ich das für so schwachsinnig halte, dass ich mir nicht vorstellen kann, dass es eine Chance auf Umsetzung gibt. Es wird ein Moratorium geben müssen.“ Gut gemeint könne unter Umständen eine Katastrophe bedeuten, sagte Graf Rantzau. Dpa.

.....

Anmerkung:

Ja immer mehr Vorschriften, das ist es was die Politiker wollen.

Dann braucht man sich nicht wundern, wenn bei Wahlen entsprechend gewählt wird.

Dabei sagen doch Politiker „Wir wollen Bürokratie abbauen“
Nur Gerede etc.

Weiter so mit den unendlichen Vorschriften, wir versinken darin. Es blickt schon lange niemand mehr dadurch.